

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	62
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	96/2022
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	16.05.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Gemeindepsychiatrischer Verbund Stuttgart (GPV): Sozialpsychiatrische Dienste (SpDi) - Sachstand 2021		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 25.04.2022, GRDRs 96/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Auf Wunsch des Gremiums wird auf einen einführenden Verwaltungsvortrag verzichtet.

Frau Ehret (SoZA) stellt sich den Ratsmitgliedern als Nachfolgerin von Frau Tietze in der Zuständigkeit der Psychiatrieplanung und der Geschäftsführung des Gemeindepsychiatrischen Verbunds Stuttgart (GPV) vor.

Im Verlauf der Aussprache wird die Arbeit aller im Rahmen des GPV an der sozialpsychiatrischen Versorgung Beteiligter durch die StRinnen Rühle (90/GRÜNE), Bulle-Schmid (CDU), Dr. Hackl (SPD), Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), Yüksel (FDP) sowie durch StR Dr. Mayer (AfD) gewürdigt. Besonders positiv werden dabei die Sozialraumorientierung der verschiedenen Dienste sowie die wohnortnahe Versorgung von Betroffenen durch niedrigschwellige Angebote und die Beteiligung von Angehörigen und Psychiatrieerfahrenen hervorgehoben.

Die Ratsmitglieder zeigen sich darüber erfreut, dass alle Klientinnen und Klienten der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) trotz der Einschränkungen der Corona-Pandemie auch im vergangenen Jahr weiterhin gut versorgt werden konnten.

In ihrer Wortmeldung macht StRin Rühle auf das Problem aufmerksam, dass psychische Erkrankungen in der Gesellschaft nach wie vor häufig ein Tabuthema seien und die Betroffenen nicht selten mit Stigmatisierungen zu kämpfen hätten, was nicht zuletzt zu einem sozialen Rückzug und Vereinsamung führen könne.

Die Stadträtin erklärt weiter, dass es wichtig sei, künftig den Fokus verstärkt auf das Wohlbefinden von Kindern psychisch kranker Eltern zu richten. Hier seien weitere Präventionsangebote notwendig, um Belastungen und Folgeschäden zu vermeiden.

Im gleichen Zusammenhang betont StRin Yüksel die besonderen Belastungen für Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen aufgrund der Corona-Pandemie und macht deutlich, dass hier schnelle Schritte zur Abhilfe notwendig seien. Die Stadträtin erinnert an den Antrag Nr. 51/2022 ihrer Fraktion und bittet die Verwaltung um baldige Beantwortung. BMin Dr. Sußmann sagt daraufhin zu, dass dieses Thema im Rahmen der Juli-Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) ausführlich behandelt werden soll.

Im weiteren Verlauf verweist StRin Rühle darauf, dass die Gruppe der 18- bis 30-Jährigen laut dem Sachstandsbericht in den Gemeindepsychiatrischen Zentren (GPZ) unterdurchschnittlich vertreten sei und plädiert für weitere Anstrengungen, um künftig auch diese Altersgruppe ggf. durch niedrigschwellige Angebote besser anzusprechen und zu erreichen. Diese Herausforderung betonen im Folgenden auch die StRinnen Dr. Hackl und Müller-Enßlin. Frau Ehret äußert sich ähnlich, verweist allerdings auch darauf, dass bei jungen Menschen in manchen Fällen auch die Jugendhilfe in die Versorgung mit eingebunden sei.

StRin Rühle spricht sich in ihrer weiteren Wortmeldung für eine enge Zusammenarbeit der Dienste im GPV mit der Sucht- und Wohnungsnotfallhilfe sowie der Jugendhilfe aus. Ähnlich äußert sich auch StRin Dr. Hackl. In diesem Zusammenhang begrüßen beide Stadträtinnen die Planungen zum Aufbau mobiler Teams zur Betreuung von wohnungslosen Menschen mit psychischen Problemlagen.

Bezugnehmend auf die Vorlage macht StRin Rühle zudem darauf aufmerksam, dass der Anteil der Migrantinnen und Migranten unter den an den GPZ betreuten Personen unterdurchschnittlich sei. Die Stadträtin erkundigt sich nach den Gründen hierfür und betont die Herausforderung, in Zukunft auch die Zielgruppe der von psychischen Problemlagen betroffenen Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt anzusprechen. Frau Ehret erklärt hierzu, dass der Anteil der an den GPZ betreuten Migrantinnen und Migranten zuletzt erfreulicherweise leicht gestiegen sei. In der Zukunft gelte es, die Entwicklung weiter zu beobachten.

Einen weiteren Handlungsbedarf sieht StRin Rühle bei der Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung von psychisch erkrankten Menschen und verweist in diesem Zusammenhang auf den aktuellen Mangel bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie auf den Platzmangel für akute Fälle am Zentrum für Seelische Gesundheit (ZSG) des Klinikums Stuttgart.

Abschließend verweist StRin Rühle auf die im vergangenen Jahr 2021 gestiegenen Fallzahlen bei den SpDi und möchte wissen, ob aufgrund dessen eine Anpassung des Personalschlüssels als erforderlich erachtet werde.

Im Folgenden bittet StRin Dr. Hackl mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt die Verwaltung darum, den Gemeinderat möglichst frühzeitig darüber in Kenntnis zu setzen, falls aufgrund neuer Landesvorgaben oder Ähnlichem Änderungen bzw. Anpassungen bei den Diensten zur psychiatrischen Versorgung von Menschen in Krisensituationen notwendig würden. Dies wird durch Frau Ehret zugesagt. Die Verwaltungsmitarbeiterin betont, dass durch den Krisen- und Notfalldienst bereits eine gute Versorgung in Stuttgart gewährleistet werde. In Zukunft werde man gemeinsam im GPV überlegen, ob, und wenn ja, welche, Anpassungen oder Verbesserungen notwendig seien.

Im weiteren Verlauf der Aussprache meldet sich Herr Metzger, sachkundiger Einwohner für den Bereich Sozialpsychiatrie, zu Wort und plädiert für eine Stärkung der psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA).

Herr Nanz, ebenfalls sachkundiger Einwohner für den Bereich Sozialpsychiatrie, spricht sich für einen Ausbau der aufsuchenden Arbeit und der Hilfsangebote bei den GPZ und den SpDi für suizidgefährdete Menschen aus.

Im Folgenden stellt sich Herr Michel, sachkundiger Einwohner für den Bereich Sozialpsychiatrie, den Ratsmitgliedern als Nachfolger von Herrn Dr. Obert als Bereichsleitung Sucht- und sozialpsychiatrische Hilfen beim Caritasverband für Stuttgart e. V. vor. In seiner Wortmeldung betont er die gute und enge Zusammenarbeit zwischen der Suchthilfe und der Wohnungsnotfallhilfe. Zusammen mit dem Klinikum Stuttgart, den Trägern und der Verwaltung werde gerade ein Konzept erarbeitet, um diese Zusammenarbeit künftig noch einmal auszuweiten und zu verbessern.

Anschließend stellt sich Frau Maier-Strecker, sachkundige Einwohnerin für den Bereich Sozialpsychiatrie, den Ratsmitgliedern als Nachfolgerin von Herrn Dr. Obert und neue Sprecherin des Trägerverbundes vor. Frau Maier-Strecker macht ihrerseits ebenfalls auf die Herausforderung aufmerksam, künftig mehr junge Menschen mit psychischen Problemlagen für die Hilfsangebote der GPZ und des GPV anzusprechen. Hier müssten gemeinsame Überlegungen mit der Jugendhilfe angestellt werden. Zudem gebe es einen Handlungsbedarf, um trotz des aktuellen Ärztemangels die medizinische Versorgung psychisch kranker Menschen weiterhin sicherzustellen.

BMin Dr. Sußmann regt an, bei künftigen Schwerpunktsitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses direkt mit den Schwerpunktthemen zu beginnen, um diesen den notwendigen Raum zu bieten und unnötige Wartezeiten für die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Expertinnen und Experten zu vermeiden. Die Berichte zu der aktuellen Lage in Sachen Corona und Ukraine sollen künftig nach den Schwerpunktsitzungen stattfinden. Dieser Vorschlag wird durch die Ratsmitglieder begrüßt.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch Frau Ehret und die Sachkundigen beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 96/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand